



Bündnis 90/Die Grünen
im
Rhein-Pfalz-Kreis

KOMMUNALWAHLPROGRAMM
2014 – 2019

Aus Überzeugung mit Konzepten und mit Tatkraft für eine GRÜNE Zukunft im Rhein-Pfalz-Kreis

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Am 25.Mai 2014 sind Kommunalwahlen. Es wird entschieden, in welche Richtung die Politik vor Ort und in unserem Landkreis in den nächsten 5 Jahren gehen wird. Dies war für uns GRÜNE im Kreisverband Rhein-Pfalz Grund uns Gedanken zu machen, welche Ziele wir verfolgen - auf Kreisebene und in den Gemeinden, in welchen wir uns zur Wahl stellen.

In diesem Wahlprogramm wollten wir uns auf Schwerpunkte konzentrieren. Dinge, wo Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, aktuell und konkret der Schuh drückt und was uns als Rhein-pfälzische GRÜNE besonders am Herzen liegt. In Arbeitsgruppen haben wir die Themen Umwelt, Energie, Verkehr, Bildung und Betreuung und Soziales sowie Ortskernentwicklung, bei dem wir ebenfalls dringenden Handlungsbedarf sehen, und politische Kultur, das eine Querschnittsaufgabe für sämtliche Politikbereiche darstellt, erarbeitet.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre. Wenn uns das gelingt, haben wir bereits unser erstes Ziel erreicht.

Sollten Sie Fragen oder Einwände haben, scheuen Sie sich nicht, mit uns in Kontakt zu treten. Politik lebt vom Dialog.

Für den Kreisverband

Lamiel Kallweit Almut Schaab-Hehn

Für eine neue politische Kultur

Wir GRÜNE stehen nicht nur für bestimmte Inhalte, sondern wollen auch auf die politische Kultur im Rhein-Pfalz-Kreis Einfluss nehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Art und Weise, wie und unter welchen Gesichtspunkten politische Entscheidungen getroffen werden, sich grundlegend ändert.

Kommunalpolitik in größerem Zusammenhang

Die Kommunalpolitik darf nicht nur die Interessen der einzelnen Gemeinde oder unseres Landkreises isoliert betrachten. Zu Lasten der Natur Neubaugebiete zu erschließen, obwohl in einer benachbarten Gemeinde genügend erschlossene Fläche zur Verfügung steht, oder die fehlende vernünftige Abstimmung der unterschiedlichen Verkehrsmittel zwischen den Bundesländern sind nur zwei Beispiele unter vielen.

- Daher setzen wir uns für eine engere Zusammenarbeit der Kommunalpolitik innerhalb der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar ein.

BürgerInnenbeteiligung

Politische Entscheidungen werden oft über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bevölkerung bereits bei der Planung von Vorhaben ausreichend informiert wird und über mögliche zukunftsfähige Alternativen in Bürgerentscheiden mitentscheiden kann, insbesondere bei der Fusion von Gemeinden.

- Wir GRÜNE begrüßen bürgerliches Engagement im Allgemeinen und wollen daher auch den in Agenda-Arbeitskreisen aktiven Bürgerinnen und Bürgern politischen Einfluss ermöglichen, d.h. diesen Arbeitskreisen in jedem Fall ein Antragsrecht im Rat einräumen
- Auch auf Haushaltentscheidungen sollen Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können. Wir setzen uns dafür ein, dass Beteiligungshaushalte zum Standard werden: BürgerInnen sollen Verbesserungsvorschläge für den Haushalt machen können. Für uns gilt: Die Vorschläge engagierter Bürgerinnen und Bürger werden wir stets ernst nehmen

Geschlechtergerechte Politik

- Wir GRÜNE treten dafür ein, dass von politischen Entscheidungen Frauen genauso wie Männer profitieren (*Gender Mainstreaming*).
- In einem ersten Schritt wollen wir bei einzelnen Haushaltspositionen ermitteln, inwieweit sie Männern und Frauen zugute kommen und für eine geschlechtergerechte Verteilung der Finanzmittel eintreten (*Gender Budgeting*)

Transparenz

Politische Entscheidungen finden oft hinter verschlossenen Türen statt. Wenn zum Beispiel ein Bauausschuss in nicht öffentlicher Sitzung und ohne vorherige Information der betroffenen Eltern über die Verlegung einer Hortgruppe entscheidet, ist das ein Beispiel für politische Unkultur.

- Wir setzen uns daher dafür ein, dass politische Gremien stets öffentlich tagen, es sei denn, der Ausschluss der Öffentlichkeit ist gesetzlich vorgeschrieben
- Sitzungsprotokolle, Anträge und Entscheidungen des Kreistags und der Gemeinderäte müssen für jedermann und jede Frau online einsehbar sein. Wir setzen uns somit für den Ausbau des Rats- und Bürgerinformationssystems ein

Nachhaltige Kriterien für die öffentliche Vergabe

- Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass bei der öffentlichen Vergabe nicht nur die Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielt, sondern dass auch ökologische und soziale Werte, wie die Einhaltung von Tariflöhnen und der Ausschluss von Kinderarbeit, in die Bewertung mit einfließen

Fair-Trade - Rhein-Pfalz-Kreis - das ist unser Ziel

- Wir setzen uns dafür ein, dass Personen, Gruppen und Initiativen aus dem Bereich der Eine-Welt-Arbeit und des *Fair-Trade* in unserem Landkreis sich zusammensetzen und gemeinsam eine Kampagne gestartet wird zur Erreichung des Titels "Fair Trade Kreis". Wir machen uns stark für eine Bewerbung des Landkreises und arbeiten in der Steuerungsgruppe mit

Für lebendige und attraktive Ortszentren

Wir GRÜNE setzen auf aktive Stadt- und Ortskernentwicklung, um die Ortsmitte dynamisch, lebendig und lebenswert zu halten. Die Ausstrahlungskraft der Ortsmitte soll genutzt werden, z. B. mit einem breiten Einzelhandelsangebot und öffentlicher Nutzung, damit Bürgerinnen und Bürger, junge und alte Menschen sich stärker mit ihrem Ort identifizieren. Wir erkennen an, dass der demografische Wandel besondere Anforderungen auch an unsere Kommunen stellt. Wir setzen uns daher ein für:

- Eine flächenschonenden Stadt- und Dorfentwicklung, in der vorhandene Flächen im Innenbereich genutzt werden anstatt Neubaugebiete an der Peripherie ausgewiesen werden
- Die Erstellung von Einzelhandelskonzepten. Sie sollen helfen, die nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimente auf die Ortskerne zu bündeln
- Erstellung von Leerstandskatastern. Sie geben einen Überblick über die aktuelle Situation im Ort und helfen Konzepte zu Angebotsergänzungen und zur Nahversorgung zu entwickeln. Ziel sollte es sein, u.a. einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung zu leisten
- Die Aufwertung des vorhandenen Einzelhandels und der Dienstleistungsbetriebe durch Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Leerstandes und eine aktive Stadt-/Ortskerngestaltung. Ziel ist es die Einkaufsmöglichkeiten Innerorts zu erhalten oder wieder zu schaffen
- Ein Altersgerechtes und bezahlbares Wohnen. Hierzu zählen die Förderung von Mehrgenerationenwohnen, die Förderung der Barrierefreiheit in Wohnungen des Kreiswohnungsverbands und der Ausbau des Sozialen Wohnungsbaus

insbesondere, da in Zukunft bezahlbares Wohnen für Senioren und Seniorinnen an Bedeutung zunimmt

- Förderung der energetischen Sanierung von Altbauten, bzw. kompetente Beratung der HausbesitzerInnen über bestehende Fördermöglichkeiten
- Eine Verkehrsberuhigung der Ortskerne. Die räumliche Nutzung soll kinder- und familienfreundlich sowie barrierefrei werden. Fuß- und Radwege sollen qualitativ aufgewertet werden und durch die Beseitigung von Konfliktpotential sicherer werden
- Tempo 30 auf Kreisstraßen in Ortskernen ist eine wichtige Forderung, um letztendlich Prinzipien des „Shared Space“ zu verwirklichen, dessen Kernforderung die gleichberechtigte Straßennutzung für alle Verkehrsteilnehmer ist
- Den Ausbau von schnellen Internetverbindungen. Er ist für den Erfolg der örtlichen Gewerbetreibenden genauso wichtig wie für die private Nutzung. Dieser an Bedeutung zunehmende Standortfaktor sollte durch einen zügigen Breitbandausbau gesichert werden

Mobilität umdenken

Für einen attraktiven integrierten ÖPNV

Die S-Bahn ist eine Erfolgsgeschichte. Der Rhein-Pfalz-Kreis, im Zentrum der Metropolregion gelegen, profitiert von einem gut getaktetem Netz quer durch den Landkreis wie kein Anderer. Immer noch steigende Fahrgastzahlen beweisen die anhaltende Attraktivität der S-Bahn, die aber zugleich zu den morgendlichen und abendlichen Stoßzeiten an ihre Kapazitätsgrenzen stößt.

Nach wie vor fehlen Verknüpfungen der Buslinien mit den S-Bahnhöfen im RPK, sind Umsteigezeiten nicht abgestimmt und Fahrzeiten der Busverbindung nach Ludwigshafen unattraktiv. Wir GRÜNE setzen uns ein für einen attraktiven integrierten ÖPNV:

- Anbindung aller Kreisgemeinden an den nächsten S-Bahnhof durch Zubringerbusse. Die Busfahrpläne werden so getaktet, dass Umsteigezeiten von ca. 5 Minuten ausreichen
- Verknüpfungspunkte mit anderen Verkehrsträgern (Rad, Fußgänger) an wichtigen Bushaltestellen und den S-Bahnhöfen
- Vertaktung der S-Bahnfahrpläne auf einen exakten Halbstundentakt
- Regelmäßige Fortschreibung des Nahverkehrsplanes unter Einbindung der betroffenen Gemeinden und der Kreisgremien
- Die Kreispolitik achtet mit auf das Vorhalten ausreichender Platzkapazitäten für die Fahrgäste gerade auch in den Stoßzeiten
- Eine verbesserte Anbindung des Rheinpfalz-Kreises über die Altriper Fähre nach Mannheim-Neckarau und damit an das rechtsrheinische S-Bahn-System
- Die Einführung von Sozialtickets im Rhein-Pfalz Kreis für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen. Die Nutzung des ÖPNV muss für Alle gesichert sein

Für eine gleichberechtigte Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel

Im RPK gibt es ein dichtes Radwegenetz, oft unabhängig von den PKW-Straßen. Dies wird jedoch vornehmlich im Freizeitverkehr genutzt. Die Akzeptanz für den morgendlichen Berufsverkehr und den Weg zu innerörtlichen Besorgungen ist eher gering.

Die Ursache dafür sehen wir in einer Benachteiligung des Rades im Innerortsverkehr und die unzureichenden Beschilderung in der Region. Wir GRÜNEN setzen uns ein für eine gleichberechtigte Nutzung des Fahrrades als Verkehrsmittel:

- Einheitliche Beschilderungsformen mit Fernziel und Nahziel sowie Kilometerangaben
- Hilfsschilder an Kreuzungen und Abzweigungen vor allem auch innerhalb der Ortschaften
- Ausweisung von innerörtlichen Radrouten oder Fahrradstraßen
- gleichberechtigte Nutzung des Straßenplanums Innerorts in abgetrennten Fahrradstreifen statt holpriger Fahrradwege mit Fußgängerampeln
- Pflege der genutzten Wirtschafts- und Waldwege Außerorts auch in der Erntezeit und im Winter
- Anbindung der Radwege an den nächsten S-Bahnhof
- Ausreichend sichere Radabstellmöglichkeiten an Bahnhöfen und Betrieben
- Stromtankstellen für E-Bikes an Bahnhöfen und typischen Radzielen

Für einen umfassenden Lärmschutz

Es gibt kaum ein Verkehrsmittel, das lauter ist als der LKW und PKW. Deshalb bedeutet Lärmschutz vor allem die Reduzierung dieses Verkehrs in Innerortslagen. Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- Reduktion des LKW-Verkehrs innerorts durch LKW-Durchfahrtsverbote, dort wo es alternative Zufahrtsmöglichkeiten gibt
- Lärmschutzmaßnahmen an allen Fernstraßen in der Nähe von Wohngebieten
- Verlangsamung des motorisierten Verkehrs in den Ortsumgehungen (30 km/h) und auf den Ortsumgehungen (70 km/h)
- Planung von gemeinsamen Verkehrsflächen gleichberechtigt für alle Verkehrsteilnehmer (*Shared Space*) in den Ortszentren

Für neuen Wind in der Energiepolitik

Wir GRÜNE setzen auf die Erneuerbaren Energien, ganz gleich ob Wind, Wasser, Biomasse, Sonne oder Geothermie. Nur im kombinierten Energiemix besteht die Möglichkeit, ganz auf Kohle, Öl, Gas und Atomenergie verzichten zu können. Im Rahmen der Energiewende ist es dringend nötig, kurzfristig zu handeln um die Klimaerwärmung einzudämmen. Wir setzen uns im Kreis und in den kreisangehörigen Gemeinden dafür ein, folgende Einsatzmöglichkeiten zu prüfen und baldmöglichst umzusetzen:

- Umstellung des Strombezuges auf Naturstrom (zum Teil schon kostenneutral möglich)
- Weiterführung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten. Selbst wenn keine Fördermaßnahmen mehr bestehen, wird bei der Umstellung sofort eine Energieeinsparung von bis zu 80% erreicht
- Interessierte BürgerInnen sollen die Möglichkeit haben, geeignete private Dachflächen zu verpachten und sich damit an der Errichtung von Fotovoltaikanlagen zu beteiligen, ohne selbst die gesamte Organisation und Finanzierung für derartige Projekte zu übernehmen
- Energiegenossenschaften sollen durch die Beteiligung von BürgerInnen die dezentrale Energiegewinnung unterstützen
- Erstellung von Energiekatastern
- Deponien und Altlastflächen bieten sich als Standorte zur Energiegewinnung an. Damit wird der Flächenverbrauch reduziert
- Errichtung von Biomasseanlagen (Scheitholz-, Pellet- oder Hackschnitzelkesselanlagen) in kommunalen und kreiseigenen Gebäuden (als CO₂-neutrale Wärmeerzeugung)
- Durch die Erstellung von Erneuerbare-Energien-Konzepten sollen in einem räumlich abgegrenzten Gebiet untersucht werden, welche erneuerbaren Energieträger verfügbar und unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit wirtschaftlich nutzbar sind. Es muss Energieeffizienz, der schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen und der Naturschutz berücksichtigt werden. Dabei sollen Gemeinden sich vernetzen und zusammenarbeiten. Widersprüche von Bundeszielen und des Kreises müssen ausgeräumt werden. Solche Konzepte müssen zumindest erhalten: Energie- und CO₂-Bilanz, Potenzialanalyse, Akteursbeteiligung, Maßnahmenkatalog, Controlling Konzept und ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit
- Bei der Umsetzung von Maßnahmen sollen BürgerInnen von Anfang an beteiligt werden

Für eine hochwertige Bildung und Betreuung

Jedes Kind hat das Recht sich bestmöglich entwickeln zu können. Diesen Anspruch nehmen wir ernst. Ein weiteres großes Anliegen ist für uns, Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Konkret setzen wir GRÜNEN uns für folgendes ein:

- Die Arbeitsbedingungen von ErzieherInnen sind deutlich zu verbessern: Bessere Bezahlung, ein gesundheitsförderndes Arbeitsumfeld und weitere Maßnahmen
- Die Verbesserung der personellen Ausstattung für alle Betreuungsformen
- Die Öffnungszeiten der Kitas müssen den Belangen der berufstätigen Eltern entsprechen. Um die Betreuung in den Rand- und Urlaubszeiten zu verbessern, ist eine Vernetzung von Tagespflegekräften und Kitas nötig
- Die Gruppengrößen sind zu reduzieren (möglichst Krippengruppen für die ganz Kleinen)
- Das Angebot von Ganztagskindergartenplätzen ist deutlich zu erhöhen

- Hortplätze müssen erhalten bleiben und dem Wunsch und Bedarf der Eltern soll entsprochen werden

Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen (Inklusion)

Kinder aus dem Rhein-Pfalz-Kreis, die eine Behinderung haben, müssen oft weite Wege auf sich nehmen, um einen Förderkindergarten oder eine Förderschule zu besuchen. Dabei gibt es im In- und Ausland zahlreiche Beispiele dafür, wie bei einem gemeinsamen Lernen alle Beteiligten profitieren. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein:

- Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kinder und Jugendliche mit Einschränkungen, deren Eltern es für sinnvoll halten, an alle Schulen und Kindertagesstätten aufgenommen werden und gemeinsam mit Nichtbehinderten zusammen lernen und sich weiterentwickeln können

Integriertes Lernen an weiterführenden Schulen

Der Rhein-Pfalz-Kreis verfügt über 6 Realschulen PLUS, 2 Gymnasien und eine Integrierte Gesamtschule. Von den Realschulen PLUS findet nur eine Schule (Peter-Gärtner-Schule in Böhl-Iggelheim) in integrierter Form statt. An der einzigen Integrierten Gesamtschule (IGS Mutterstadt) müssen jährlich ca. 2/3 der angemeldeten SchülerInnen abgelehnt werden. Wir GRÜNE halten aber die integrierte Form des Lernens für sinnvoll, in der niemand aufgrund seiner Leistung aus dem Klassenverband ausgeschlossen wird. Wir setzen uns daher dafür ein:

- Im neu zu erstellenden Schulentwicklungsplan soll auch der Wunsch von Eltern und SchülerInnen nach einer Integrierten Gesamtschule oder einer integrierten Schulform der Realschule PLUS berücksichtigt und das Schulangebot des Kreises entsprechend angepasst werden

Schule und Sozialarbeit gehören zusammen

Seit vielen Jahren arbeiten an zahlreichen Schulen im Rhein-Pfalz-Kreis SchulsozialarbeiterInnen. Bei auftauchenden Problemen arbeiten sie eng mit der jeweiligen Schulleitung und den Lehrkräften zusammen, stehen allen Schüler/-innen beratend zur Seite und sorgen mit für ein gutes Schulklima. Sie werden an diesen Schulen gebraucht; sie sind dort nicht mehr wegzudenken. Sparzwänge des Bundes und des Landes sehen in dem Bereich der Grundschulen Kürzungen vor.

- Das darf nicht sein - alle Stellen der Schulsozialarbeiter/-innen müssen auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben

Miteinander füreinander im Kreis

Über 150.000 Menschen leben im Rhein-Pfalz Kreis. Sie entstammen den verschiedensten Ländern, orientieren sich an unterschiedlichsten Religionen und Weltanschauungen, sind Lesben, Schwule, Bi-, oder Transsexuelle, Mann oder Frau, sind über alle Altersklassen verteilt oder leben mit einer Behinderung. Die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen

Leben und der Kampf gegen Ausgrenzung von allen Menschen ist uns GRÜNEN ein wichtiges Ziel. Wir machen uns stark gegen rechtsextreme Ideologien und setzen uns ein für Toleranz.

Menschen in Not umfassend begleiten

In unserer Gesellschaft geraten immer mehr Menschen unverschuldet in Not. Präventive Maßnahmen zur Verhinderung dieser Notsituationen stehen dabei an oberster Stelle. Darüber hinaus benötigen wir Maßnahmen, die die Menschen auffangen, wenn sie es brauchen und ihnen eine Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen.

- Wir GRÜNE setzen uns ein für die Erstellung eines Armutsberichts auf Kreisebene, um einen Überblick über die Armutssituation im Kreis zu bekommen. Wir schärfen damit den Blick für gezielte Hilfen und setzen punktuelle Schwerpunkte bei den sozialen Hilfen
- Wir setzen uns dafür ein, dass der menschlich schwierigen Situation von Asylsuchenden durch die Schaffung eines hauptamtlichen Ansprechpartners für Asylsuchende Rechnung getragen wird. Er/sie kümmert sich um alle Belange der ankommenden Menschen, steht in Kontakt mit allen Verwaltungen der Gemeinden, mit Nachbarn und ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, hilft bei Schwierigkeiten und vermittelt bei Konflikten

In jedem Alter aktiv sein und bleiben

Die Betreuung, Pflege und Versorgung alter und älter werdender Menschen vor Ort und zu Hause wird immer wichtiger. Neben den schon vorhandenen hauptamtlichen Diensten bedarf es verstärkt vieler ehrenamtlicher Dienste, die ineinander greifen wie bspw. tägliche Pflegehilfe, Einkaufshilfen, Begleitung zum Arzt oder ein adäquates Freizeitprogramm. Diese, und die Vernetzung von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Angeboten stehen oft noch am Anfang.

- Wir GRÜNE setzen uns für eine verstärkte Förderung von Nachbarschaftshilfeangeboten ein, gekoppelt an Gemeindeverwaltungen oder ökumenische Sozialstationen
- SeniorInnen wollen aber nicht nur betreut werden, sondern auch mitreden und mitgestalten. Wir setzen uns daher für die Schaffung von verschiedenen Mitsprachemöglichkeiten von SeniorInnen in den Gemeinden ein

Jugendliche und Kinder an Entscheidungen beteiligen

Entscheidungen, die Jugendliche und Kinder betreffen, werden oft über deren Köpfe hinweg getroffen. So kommt es zu Lebensräumen, die für Jugendliche und Kinder ungeeignet sind. Die bestehenden Jugendgemeinderäte werden nicht genügend genutzt, um Jugendliche an Entscheidungen teilhaben zu lassen. Und in den meisten Gemeinden gibt es bis heute keine Jugendparlamente.

- Wir setzen uns für ein Kreisjugendkonzept ein, dass die Jugendarbeit in allen Bereichen vernetzt und ausbaut. Dazu gehört auch die Gründung von Jugendgemeinderäten in den Orten, in denen noch keine solchen Institutionen bestehen

- Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine Stärkung der Jugendgemeinderäte ein. Sie müssen an allen Sitzungen von Gremien mit beratender Stimme teilnehmen können. Darüber hinaus müssen Räumlichkeiten und fachkundiges hauptamtliches Personal seitens der Verwaltung für diese Gremien zur Verfügung stehen
- Die Öffnung der Politik im Kreis und den Gemeinden für Jugendliche und Kinder durch entsprechende Angebote und Öffentlichkeitsarbeit ist uns ein wichtiges Anliegen

Integration als Bereicherung erfahren

Die sprachliche, soziale und kulturelle Vielfalt in unsere Gesellschaft bereichert das Zusammenleben im Kreis. Aber nicht alle Möglichkeiten werden bisher genutzt.

- Wir setzen uns daher für eine Stärkung der guten Arbeit des Migrations- und Integrationsbeirates ein, sodass dieser an allen Sitzungen zumindest mit beratender Stimme teilnehmen kann
- Eine fundierte Integrationsarbeit im Landkreis bedarf eines Konzeptes und der Institutionalisierung. Deswegen setzen wir uns für die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes und die Schaffung eines/einer Integrationsbeauftragten in der Verwaltung ein. Dieser soll auch Maßnahmen erarbeiten, die zur Erhöhung des Anteils an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung führen

Für den Erhalt unserer Umwelt

Castoren rückführen

Niemand will die aus der Wiederaufarbeitung in England und Frankreich im Jahr 2015 zurückzuführenden Castoren haben. Das bisherige Zwischenlager Gorleben scheidet für die Aufnahme aus, die radioaktiven Abfälle sollen auf Zwischenlager direkt an den AKW's verteilt werden. Diese werden von den großen Energieversorgungsunternehmen betrieben, die auch für die Produktion des radioaktiven Mülls verantwortlich sind und große Gewinne damit erwirtschaftet haben. Wir vertreten die Auffassung, lieber ordnungsgemäß den schwach radioaktiv belasteten und aufbereiteten Abfall in vorhandenen Zwischenlagern wie Philippsburg zwischenzulagern, dafür aber eine Lösung zu finden, die für alle tragbar ist.

- Wir sind alle für die Rücknahme des Mülls und seine bestgesicherte Lagerung verantwortlich. Daher unterstützen wir die vom Bundestag und Bundesrat endlich beschlossene vergleichende Endlagersuche. Als GRÜNE, die immer gegen die Nutzung der Atomkraft waren, sind wir heute diejenigen, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen

Innovative Abfallpolitik ist praktizierter Klimaschutz

Laut Kreislaufwirtschaftsgesetz sollen bis 2020 mindestens 65% unserer Siedlungsabfälle recycelt werden. Für die praktische Umsetzung dieses Ziels sind die Kreise und kreisfreien Städte verantwortlich. Klimapolitik vor Ort und im Kreis ist damit zu einem wesentlichen Teil

auch Abfallpolitik. Dies aus mehreren Gründen: Die Herstellung der Abfallberge, die wir jährlich zu bewältigen haben, frisst jede Menge Energie und Ressourcen. Je besser und je hochwertiger es gelingt Abfall zu recyceln, desto positiver ist der Einfluss auf den Ressourcenverbrauch und desto weniger Energie geht verloren.

- Wir brauchen deswegen eine Qualitätsoffensive beim (Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rhein-Pfalz-Kreis). Natürlich wollen wir bezahlbare Müllgebühren, aber wir denken, dass es sowohl im Sinne der Umwelt als auch unseres Geldbeutels das Beste ist, wenn wir bei unseren Verwertern auf hohe Standards achten und auch entsprechend ausschreiben. Echtes *Recycling* muss Vorrang haben vor *Downcycling*

Ein großer Teil unserer Siedlungsabfälle ist biologisch aktives Material: Hecken- und Baumschnitt, Küchenabfälle, aber auch Essensreste. Wir sollten uns einig sein, dass hier der Kreislauf erst geschlossen ist, wenn wir am Ende aus diesem Abfall Humus zurück gewinnen.

- Wir GRÜNE werden uns deswegen dafür einsetzen, dass der Kreis ein Konzept für ein kreisweites, möglichst geschlossenes Stoffstrommanagement in Auftrag gibt und dass wir dieses Konzept in Kooperation mit den Verwerterfirmen, vor allem natürlich mit denen, die auch im Kreis Gewerbesteuer zahlen, Schritt für Schritt umsetzen

Grünbrücken einrichten

Die A61 und die B9 zerschneiden ökologisch wertvolle Gebiete, Durch Autobahn und Bundesstraße wird der Pfälzer Wald von den Rheinauen getrennt und damit jeglicher Austausch bodengebundener Tierarten unterbunden. Tiere, die es dennoch versuchen, bezahlen mit ihrem Leben.

- Wir setzen uns daher u.a. für eine Grünbrücke bei Schifferstadt über die A61, sowie eine Grünbrücke über die B9 ein, die die Vernetzung der Lebensräume wieder möglich macht

Schutz von Gewässern und Grundwässern

Diverse Pflanzenschutzmittel dürfen größtenteils nicht mehr in Deutschland hergestellt werden, da sie als Krebs erzeugend und Erbgut verändernd bekannt sind. Eingesetzt werden immer noch Düngemittel über deren Wirkung auf das menschliche Erbgut und alle Organismen der Nahrungskette nur Vermutungen bestehen. Es gibt zunehmende Hinweise dafür, dass Pestizide und Herbizide zu Krankheiten wie Parkinson oder Demenzen beitragen.

Überhöhte Düngeanforderungen erwachsen durch die bei uns herrschende Monokultur (Gemüse), mehrere Fruchtfolgen im Jahr auf demselben Acker und dem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen zur anschließenden Energieverwertung. Der Eintrag von Schadstoffen über unserer Äcker über den Regen in Grundwässer und Gewässer ist leider unvermeidbar, da auch natürliche Stoffe wie Stickstoff und Phosphor in zu hohen Dosen schädlich sind und über den Regen ins Grundwasser gelangen. Vermeidbar ist aber die Aufbringung von Pflanzenschutzmitteln, durch die sinnvolle Nutzung unserer landwirtschaftlichen Flächen und Weideflächen in einer Gewässer schonenden Art, die sich nicht am reinen Profit orientiert, sondern zum Ziel hat, gesunde, nährstoffhaltige Nahrungsmittel zu produzieren, die letztlich auch zur Erhaltung unserer Gesundheit führen.

- Wir GRÜNE setzen uns daher für eine umweltverträgliche Landwirtschaft ein
- Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Es ist unser wichtigstes Nahrungsmittel und ein riesiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Ein sparsamerer Umgang damit muss selbstverständlich werden. Wir setzen uns für den Schutz der Wasserökosysteme und der Wasserkreisläufe und somit dem Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien ein. Statt Agrarindustrie und Massentierhaltung sollen wieder bäuerliche Betriebe gefördert werden, die naturnah anbauen, sich an den natürlichen Kreisläufen ausrichten und Lebensmittel ohne Gentechnik und Schadstoffe erzeugen

Hochwasserschutz und naturnahe Nutzung des Auwaldes

Polder wie der bereits fertiggestellte Polder in Meckersheim sind an geeigneten Stellen sinnvolle Maßnahmen im Rahmen des länderübergreifenden Hochwasserschutzes. Polder eignen sich jedoch nicht für alle Standorte. Den geplanten Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen lehnen wir ab, da

- bei seiner Planung Umweltaspekte, insbesondere der Schutz seltener Tierarten nicht ausreichend berücksichtigt wurde,
- seine Flutung zu einer Verstärkung der Druckwasserproblematik im Tiefgestade mit der Gefahr überschwemmter Häuser führt,
- die Sicherheitsaspekte der Altriper Bevölkerung im Katastrophenfall in der Planung nicht ausreichend berücksichtigt sind und
- seine Erstellung viel zu teuer ist.

Wir treten dafür ein, dass der Hochwasserschutz verstärkt auf Deichrückverlegungen zurückgreift, wo immer diese gefahrlos und sinnvoll durchgeführt werden können. Dem Rhein muss wieder mehr von seiner ursprünglichen Überschwemmungsfläche zurückgegeben und die Auenwälder am Rhein renaturiert werden. Die Auenwälder sind ein wichtiger Baustein im Schutz gegen Hochwasser, sie bieten einen natürlichen Wasserrückhalt und bremsen die Fließgeschwindigkeit des Flusses. Die Auenwälder stellen ein seltenes und schützenswertes Biotop dar. Ihre forstwirtschaftliche Nutzung muss daher sukzessive reduziert werden.

- Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Auenwald im Landkreis stärker geschützt und seine forstwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt wird. Eine Ausweisung als Waldrefugium im Rahmen der Planung der Landesregierung ist wünschenswert
- Deichrückverlegungen als Maßnahmen des Hochwasserschutzes mit einer natürlichen Überflutung der Aue sollen dort erfolgen, wo sie für Mensch und Natur gefahrlos möglich sind